

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

21. September – 27. September 2024

Emmanuel Macron sprach am 25. September vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen. Er forderte Israel auf, die Eskalation im Libanon zu beenden und die „Waffen in Gaza zum Schweigen zu bringen“, wo der Krieg „Zehntausende von zivilen palästinensischen Opfern“ gefordert hat, ohne dass es „irgendeine Rechtfertigung“ dafür gibt. Er verurteilte jedoch auch erneut „den schrecklichen und beispiellosen Terrorangriff“ auf Israel, der am 7. Oktober von der Hamas durchgeführt wurde.

Der neue Innenminister Frankreichs, Bruno Retailleau, möchte die Migrationspolitik verschärfen. In seiner Antrittsrede am 24. September gab der ehemalige Fraktionsvorsitzende von *Les Républicains* seine Linie in einer Formel wieder: „Drei Prioritäten. (...) Die erste, die Ordnung wiederherstellen. Die zweite, die Ordnung wiederherstellen, die dritte, die Ordnung wiederherstellen.“ Retailleau möchte vor allen Dingen die illegale Migration stoppen und Ausweisungen konsequent durchführen.

Das Haushaltsgesetz für 2025 wird wie erwartet nicht wie vorgesehen am 1. Oktober, sondern erst am 9. Oktober der Nationalversammlung vorgelegt. Dies verkündete der neue Minister für Haushalt und öffentliche Finanzen, Laurent Saint-Martin, am 25. September bei einer Anhörung durch den Finanzausschuss der Nationalversammlung. Die große Haushaltslücke soll „zuerst und vor allem“ durch die Kürzung öffentlicher Ausgaben verringert werden. Steuererhöhungen sollen sich in Grenzen halten. Das Defizit des französischen Haushalts droht 2024 auf über 6 % (2023: 5,5%) des Bruttoinlandsprodukts zu steigen.

Das *Rassemblement National* wird am 31. Oktober in der Nationalversammlung einen Gesetzesvorschlag einreichen, um die unter der Regierung von Elisabeth Borne verabschiedete Rentenreform abzuschaffen. Die rechtspopulistische Partei wird dies an ihrer sogenannten „parlamentarischen Nische“ machen. Diese gibt einer Oppositionsfraktion einmal im Monat das Recht, die Tagesordnung in der Nationalversammlung festzulegen. Die linkspopulistische Partei *La France Insoumise*, die auch gegen die Rentenreform ist, möchte ihren eigenen Gesetzesvorschlag zur Aufhebung der Rentenreform an ihrer „parlamentarischen Nische“ am 28. November einreichen.

Die Mittelschule in Conflans-Sainte-Honorine, in der im Oktober 2020 der Lehrer Samuel Paty von einem islamistischen Terroristen hingerichtet wurde, wird nach dem Namen des Lehrers unbenannt. Die Idee wurde bereits im Frühjahr bei einem Treffen mit der Schulleiterin, ihrer Stellvertreterin und Elternvertretern vorgestellt und am Montag, den 23. September, beschlossen. Da das Trauma auch mehrere Jahre nach dem islamistischen Attentat bei vielen Schülern noch sehr präsent war, hatten sich die Eltern von jenen Schülern, die das Attentat miterlebten, dafür eingesetzt, dass die Namensänderung erst jetzt erfolgt, da diese Schüler inzwischen auf ein Gymnasium gewechselt sind.

Die französische Steuerbehörde wird Ende September einen Restbetrag der zu zahlenden Einkommenssteuer erstmals direkt vom Konto der betroffenen französischen Steuerzahler abbuchen. Betroffen sind davon circa 9,8 Millionen französische Staatsangehörige, die bereits im Sommer über ihren Steuerbescheid über diese Abbuchung informiert worden sind. Sollte das Konto, das belastet wird, nicht ausreichend gedeckt sein, riskiert der die Zahlung von Bankgebühren sowie eine Erhöhung der Einkommenssteuer, die im Allgemeinen Steuergesetzbuch, vorgesehen ist.



PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN

Eric Ciotti, der bisherige Präsident der *Républicains*, hat am 22. September in einem Interview mit dem Figaro seine Entscheidung verkündet, die Partei zu verlassen. Laut Ciotti haben sich die *Républicains* in der Macronie aufgelöst. Ciotti, der sich selbst als Gaullist sieht, betonte aber, nicht mit der Geschichte der Partei brechen zu wollen. Diese habe immer gegen den Sozialismus und seine macronistischen Erben gekämpft.

3	4	7
0	8	6
2	2	5
5	3	1
7	9	2
8	2	6
4	0	1
9	2	7

DIE ZAHL DER WOCHE

71%

71 % der Franzosen glauben, dass sie finanziell nicht auf eine Situation der Pflegebedürftigkeit vorbereitet sind. Diese Zahl ist im Vergleich zum Jahr 2023 gestiegen, als 66 % der Befragten diese Einschätzung vertraten. Der Verband der Nationalen Krankenversicherungen schlägt vor, die Pflegeversicherung auf Gegenseitigkeit für die gesamte Bevölkerung einzuführen, indem sie an die Zusatzkrankenversicherung angelehnt wird. Mit Beitragshöhen zwischen 10 € und 20 € pro Monat, je nach Alter bei Beitragsbeginn, ermöglicht die Pflegeversicherung den Bezug einer monatlichen Rente von bis zu 500 Euro pro Monat im Falle des Verlusts der Selbstständigkeit.